



51. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungstermin: Donnerstag, 24.10.2013, 16:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 124, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.09.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Bericht zum Stand der Umsetzung des § 35a SGB VIII
- 5 Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte
13/SVV/0453 Oberbürgermeister, FB
Soziales und Gesundheit
- 6 Sonstiges



Niederschrift

50. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.09.2013
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr
Ort, Raum:	Raum 124, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	Sitzungsleitung
------------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Birgit Morgenroth	SPD	ab 16:35 Uhr
Herr Björn Karl	FDP	
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	bis 18:00 Uhr
Frau Heiderose Gerber	anerkannter freier Träger	
Herr Dr. Lutz Henrich	anerkannter freier Träger	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sven Weber	CDU/ANW	bis 19:02 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Maximilian Dalichow	DIE LINKE	
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	
Herr Lutz Küken	anerkannter freier Träger	
Frau Stephanie Pigorsch	anerkannter freier Träger	

beratende Mitglieder

Frau Hella Drohla	Migrantenbeirat	
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	
Herr Frank Lehmann	Staatliches Schulamt	bis 18:00 Uhr
Herr Ronald Sima	Kreiselternrat	ab 16:35 Uhr
Frau Karola Linke	Gesundheitsamt	
Frau Daniele Wack	Evang. Kirche	
Herr Joachim Lentz	FB Kinder, Jugend und Familie	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete	Geschäftsbereich 3
---------------------------------	--------------	--------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Jens Gruschka	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Claus Wartenberg	SPD	entschuldigt
Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Herr Marcel Kankarowitsch	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Martina Trauth-Koschnik	Ltrn. Büro f.Chancengleichh./ Vielfalt	entschuldigt
Herr Christoph Dähnrich	Kath. Kirche	entschuldigt
Frau Renate Michael	Polizeibehörde	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	entschuldigt
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde	nicht entschuldigt

Gäste:

Herr Bodo Ströber	stellv. Ausschussmitglied
Frau Sabine Frenkler	AG Kita
Herr David Kirst	Kita St. Nikolai
Herr Cornelius Hedwig	Kita St. Nikolai
Herr Andreas Bauch	FB Kinder, Jugend und Familie
Herr Ralf Becker	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.08.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld
Vorlage: 13/SVV/0489
Fraktion CDU/ANW
 - 4.2 Maßnahmen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita-Jahr 2013/2014
Vorlage: 13/SVV/0507
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
 - 4.3 Sitzungskalender 2014
Vorlage: 13/SVV/0416
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1 Schulsozialarbeit an jeder staatlichen Potsdamer Schule bezüglich DS 11/SVV/0122 und 12/SVV/0764
Vorlage: 13/SVV/0521
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.08.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Niederschrift vom 29.08.2013

Frau Hübner nimmt Bezug auf die Aussagen im TOP 3 der Sitzung am 29.08.2013 zur Anpassung von Kennziffern. Die Anpassung der Kennziffer Lebensmittel ist als Zwischenlösung anzusehen. Zur Nachbetreuungsanpassung sollte eine schnelle Anpassung erfolgen.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die so korrigierte Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Ströber weist darauf hin, dass die eigentlich angedachte Vorstellung der AG Jugendförderung nach § 78 SGB VIII nicht auf der Tagesordnung steht.

Frau Dr. Müller teilt mit, dass auf Wunsch der AG die Vorstellung erst in der November Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgen soll.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die vorliegende Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0

Anschließend gibt Frau Dr. Müller bekannt, dass ihr ein **Antrag auf Rederecht von Herrn Kirst für die Kita St. Nikolai** vorliegt. Sie schlägt vor, dieses zur DS 13/SVV/0507 „Maßnahmen des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita-Jahr 2013/2014“ (TOP 4.2) zu erteilen und bittet um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: 0

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Ausschussvorsitzende Herrn Björn Karl als neues stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss für die Fraktion FDP.

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Erstellung Jugendhilfeplan

Herr Lentz teilt mit, dass sich die Jugendhilfeplanerin, Frau Ukrow in enger Kooperation mit der Planungsgruppe der Jugendhilfe seit Beginn dieses Jahres mit der Neuerarbeitung des Jugendhilfeplanes 2014 bis 2018 befasst. Dabei wird Sie von Herrn Martin Evers des Beratungsunternehmens KORUS unterstützt, der auch zu diesem Thema die Moderation in der Planungsgruppe übernommen hat. Neben diesen Abstimmungen und Beratungen, deren Ergebnisse regelmäßig mit den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII rückgespiegelt wurden, fand im April ein Workshop mit VertreterInnen dieser AGs statt. Auf diesem methodenreichen Workshop wurden mit Rückblick auf den aktuellen Plan die neuen Herausforderungen und potentiellen Handlungsfelder identifiziert.

Inzwischen hat die Planungsgruppe der Jugendhilfe die Handlungsfelder qualifiziert und Ziele abgeleitet, die mit den AGs diskutiert und von der Planerin einheitlich formuliert wurden.

Der nächste Schritt ist Mitte Oktober die Diskussion zur Festlegung von konkreten Maßnahmen, die zur Zielerreichung notwendig sein werden. Zu diesem Workshop sind bereits alle AGs nach § 78 eingeladen worden.

Parallel ist auch die Verwaltung zu den Zielen und Maßnahmen im Gespräch und wird Inhalte einbringen, die nur seitens des öffentlichen Trägers zu leisten sind.

Außerdem wird zeitgleich die Ist-Analyse erstellt, wozu vorhandene Daten und Statistiken mit externer Unterstützung zusammengestellt werden. Neben den „Diensten und Einrichtungen“ sollen diesmal auch Daten zu den Zielgruppen, einrichtungsunabhängige Leistungen (z.B. Anzahl von Beurkundungen) und Übersichten zu den Leistungserbringern in einem separaten Statistikteil zur Verfügung gestellt werden.

Da vielfach die Übersicht aller in Potsdam aktiven Jugendhilfeträger und Einrichtungen abgefragt wird, soll mittels Formular für jede Einrichtung eine einheitliche ansprechende Darstellung erfolgen, die in ihrer Gesamtheit auch für die Öffentlichkeit verfügbar gemacht werden soll. Es wird um Mitwirkung gebeten, wenn dieses Formular im Oktober an die Träger gesendet wird.

Die regelmäßige Rückspiegelung der Zwischenergebnisse hat den ursprünglichen Zeitplan gesprengt, eine Einbringung in die SVV ist nicht mehr in 2013, frühestens im Januar 2014 möglich.

Herr Lentz bietet an, die Zeitschiene als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Das Angebot wird angenommen.

Unterbringung von Asylsuchenden

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass in diesem Jahr noch eine große Anzahl von Flüchtlingen in Potsdam aufzunehmen ist. Sie hat am 25.08.2013 im nicht öffentlichen Teil des Hauptausschusses ein Vorschlag zur Unterbringung der Asylsuchenden unterbreitet, der dort auch Zustimmung gefunden hat.

Die LHP hat zur Bewertung der möglichen Grundstücke für die Unterbringung von Asylsuchenden eine Jury installiert. Aufgrund des erheblichen Zeitdrucks hat die

Jury in der letzten Woche getagt. Da auch Familien mit Kindern und Jugendlichen aufgenommen werden sollen, wurde kurzfristig die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses eingeladen.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales wurde durch Frau Morgenroth vertreten. Des Weiteren hat an dem Auswahlverfahren auch Frau Grasnick teilgenommen. Da die Vertreterin des Migrantenbeirates kurzfristig aufgrund einer Erkrankung ihre Teilnahme abgesagt hat, wurde dem Migrantenbeirat ein Vetorecht eingeräumt. Zwischenzeitlich gibt es auch vom Migrantenbeirat ein positives Votum.

Die ProPotsdam stellt befristet für zwei Jahre 20 Wohnungen in der Haeckelstraße (Potsdam West) zur Verfügung, in denen ca. 60 bis 70 Asylsuchende untergebracht werden können. Diese Wohnungen sollen als Wohnungsverbund durch einen freien Träger betreut werden. Dazu wird bis Ende Oktober ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Derzeit werden die Wohnungen malermäßig instand gesetzt. Küchen und Bäder sind vorhanden. Diese Wohnungen stehen aufgrund geplanter Sanierungen nur befristet zur Verfügung. Danach erfolgt durch die Pro Potsdam ein Neubau in der Heinrich-Mann-Alle 105b.

Es wurden auch mögliche Reserveflächen ausgewählt, an deren erster Stelle das Grundstück Am Buchhorst 33 steht. An zweiter Stelle steht eine Liegenschaft der Pro Potsdam im Laplacing, die derzeit als Garagenstandort genutzt wird.

Am 26.09.2013 wurden die Anwohner der Haeckelstraße zu einer Informationsveranstaltung am 30.09.2013 eingeladen. Am 27.09.2013 wird es Gespräche mit den in Potsdam-West ansässigen Trägern und Initiativen geben.

Ab dem 30.09.2013 wird das Interessenbekundungsverfahren für die Trägersuche durchgeführt. Es wird eine Jury zur Bewertung der eingereichten Konzepte installiert.

Somit könnten dann ab Dezember 2013 die ersten Asylsuchenden dort aufgenommen werden.

Des Weiteren informiert Frau Müller-Preinesberger, dass die Landeshauptstadt Potsdam derzeit mit der Stadt Frankfurt/Oder über die Aufnahme von 20 Flüchtlingen in Verhandlung steht. Dazu wird eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen.

Herr Ströber fragt, ob dies in der Schulbedarfsplanung berücksichtigt ist.

Dies wird von Frau Müller-Preinesberger verneint. Eine Berücksichtigung in der Schulbedarfsplanung kann noch nicht erfolgen, da der Bedarf noch nicht bekannt ist. Dies muss aber in intensiven Gesprächen mit dem Staatlichen Schulamt geklärt werden.

Die Aufnahme der Asylsuchenden in den Wohnungen erfolgt so, dass die vorhandenen Räumlichkeiten optimal ausgenutzt werden.

Frau Schulze spricht sich dafür aus, dass die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses auch weiter in der Jury mitarbeitet. Auch vor dem Hintergrund, dass Frau Dr. Müller in der Allianz am Schlaatz mitwirkt und nun in Potsdam West ihre Erfahrungen einbringen kann.

Frau Hübner spricht sich ebenfalls dafür aus, dass Frau Dr. Müller in der Jury mitarbeitet. Sie geht auch davon aus, dass das Regionalteam des Jugendamtes einbezogen ist.

Frau Müller-Preinesberger bestätigt, dass auch das Regionalteam einbezogen wird. Die Zusammenarbeit in Potsdam West soll ähnlich wie bei der Allianz am Schlaatz organisiert werden. Auch finanzielle Mittel werden zur Verfügung ge-

stellt.

Frau Drohla berichtet zum Thema Deutsch als Fremdsprache, dass dies in den weiterführenden Schulen derzeit recht gut läuft. In den Grundschulen ist dies schwierig. Die zuständige Schulrätin, Frau Ernst, ist diesem Thema gegenüber aber sehr aufgeschlossen.

Herr Sima teilt mit, dass sich der Kreiselternerat am 23.09.2013 konstituiert hat. Er bittet im Namen des Kreiselternerates, die Schulen rechtzeitig einzubinden, wenn es konkrete Schritte gibt.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass sowohl die Schulen wie auch die Kitas eingebunden werden, sobald der aufzunehmende Personenkreis bekannt ist.

Herr Otto weist darauf hin, dass in den Kitas der Betreuungsschlüssel viel zu hoch ist, als dass die Kinder die deutsche Sprache erlernen können. Hierfür werden in den Kindertagesstätten qualifizierte Fachkräfte benötigt.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass der Erwerb der deutschen Sprache bei Kindern in der Kita leichter läuft als in der Schule. In der Kita erlernen die Kinder oft spielerisch die Sprache.

Frau Frenkler stimmt grundsätzlich zu, dass der Spracherwerb bei kleinen Kindern oft leichter läuft. Wenn sehr viele Kinder in einer Einrichtung einen Migrationshintergrund haben, ist dies sehr viel schwieriger. Sie weist darauf hin, dass die Kinder, die aus Kriegsgebieten kommen, oft auch traumatisiert sind. Deshalb sollte eine Konzentration von vielen Kindern mit Migrationshintergrund in einer Kita vermieden werden, da die Rahmenbedingungen in den Kitas dafür fehlen.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass dies alles nicht allein durch die Stadt geleistet werden kann. Hier ist auch das Land in der Pflicht. Die finanzielle Beteiligung des Landes reicht bei weitem nicht aus.

Frau Dr. Müller fragt, ob es Einwendungen gibt, dass sie den JHA auch weiterhin in der Jury vertritt.

Diesbezüglich gibt es keine Einwendungen.

Nachtrag von Frau Frenkler zur Sitzung: *„Zur Klarstellung der Aussage der Dezernentin, in den Kitas liefe der Erwerb der deutschen Sprache automatisch, muss ich zu meinen Ausführungen noch ergänzen: Im Jahr vor der Einschulung sind die Kitas gesetzlich verpflichtet, den Sprachstand der Kinder zu erfassen und ggf. die erforderliche Sprachförderung durchzuführen. Diese spezielle Förderung ist für Kinder mit Migrationshintergrund (Kita Kinderland: 180 Kinder, davon 68 mit Migrationshintergrund aus 19 Nationen) nicht möglich, da es dafür kein Förderinstrument gibt. Dieses existiert nur für Kinder mit deutscher Muttersprache. Ich möchte daher die Aussage von Hr. Otto ausdrücklich bestätigen, dass diese Kinder in der Kita besondere Unterstützung durch qualifizierte Fachkräfte benötigen. Diese Förderung bezieht sich nicht nur auf das Jahr vor der Einschulung, da der Spracherwerb von Anfang an gefördert werden muss, um Benachteiligung für diese Kinder abzubauen. Das ist in meiner Erwiderung nicht so deutlich geworden, aber von großer Bedeutung.“*

Berichte der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG Hilfen zur Erziehung

Herr Ströber berichtet, dass sich die AG Hilfen zur Erziehung mit dem Konzept zur Sozialarbeit an Schulen auseinander gesetzt hat. Es gibt Überlegungen, einen Fachtag durchzuführen, um den gesamten Prozess so transparent wie möglich zu gestalten.

AG Kita

Frau Frenkler berichtet, dass sich die AG Kita am 17.09.2013 zur Schulsozialarbeit verständigt hat. Dabei ist eine Konkretisierung des Auftrages sowie die Besetzung der Unterarbeitsgruppe erfolgt. Sie betont, dass ein großes Interesse an der Mitarbeit besteht.

Des Weiteren wurde die Kita-Finanzierungsrichtlinie beraten. Sie informiert, dass im Sommer eine Abfrage aller Träger erfolgt ist. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Finanzierung der Reinigung die meisten Probleme bereitet. Bisher wurde diesbezüglich kein Ergebnis mit der Verwaltung erreicht.

Herr Lenz macht deutlich, dass die Verwaltung mehrfach mit der AG Kita verhandelt hat. Die Träger müssen belastbare Informationen vorlegen, um eine Prüfung vornehmen zu können. Bisher sind die Aussagen nicht konkret unterlegt worden. Daraufhin kann die Verwaltung keine Entscheidung treffen. Es müssen konkrete belastbare Zahlen vorgelegt werden.

Frau Frenkler betont, dass konkrete Zahlen nicht geliefert werden konnten. Die Träger haben die Wahrnehmung, dass die Verwaltung die Ergebnisse der Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung abwartet.

Herr Lenz macht nochmals deutlich, dass anhand einer nicht untersetzten Aussage, dass die Reinigungspauschale nicht ausreichend ist, die Kennziffern nicht überarbeitet werden können.

Herr Otto weist darauf hin, dass die Zahlen aufgrund der Kürze der Zeit nicht zu liefern waren.

Frau Frenkler macht deutlich, dass bisher keine Qualitätsstandards hierfür festgelegt sind.

Frau Dr. Müller bittet Frau Frenkler um einen Vorschlag.

Herr Küken schlägt vor, dass die AG Kita zusammen mit der Verwaltung die Qualitätsstandards entwickelt. Dann kann eine Lösung gefunden werden.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass mit Hilfe der Bertelsmann-Stiftung eine Objektivierung erfolgen soll. Wenn jetzt Standards entwickelt werden, wird das Bertelsmann-Projekt nicht mehr benötigt.

Frau Dr. Müller fragt, wann die Ergebnisse des Bertelsmann-Projektes vorliegen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die Bertelsmann-Stiftung die erhobenen Daten zuerst mit den beteiligten Trägern abstimmt. Sie bietet an, die

Zeitschiene der Bertelsmann-Stiftung dem Protokoll beizufügen.

Herr Bauch (FB Kinder, Jugend und Familie) macht darauf aufmerksam, dass auch eine Individualfinanzierung möglich ist.

Frau Dr. Müller bittet die Verwaltung, sich schnellstmöglich mit der AG Kita in Verbindung zu setzen und genau diese Dinge auch im Zusammenhang mit dem Bertelsmann-Projekt zu besprechen.

Frau Frenkler informiert abschließend mit Bezug auf die Überarbeitung der Elternbeitragsordnung, dass die AG Kita hier Hinweise gegeben hat und diese auch eingearbeitet wurden. Das Online-Portal zur Kitaplatzsuche wird ab dem 01.10.2013 online sein. Auch hier gab es Anregungen der AG Kita, die aufgegriffen wurden.

Regionale AG II

Herr Küken informiert, dass die regionale AG II sich zum Thema Kinderschutz verständigt hat. Am 20.03.2014 soll dazu ein Fachtag durchgeführt werden. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es zu den verschickten Fragebögen bisher nur eine sehr geringe Zahl an Rückläufen gibt. Am 16.10.2013 wird zum Thema Fachkräftebedarf im Klub 18 ein Fachtag durchgeführt. Die Einladungen dazu werden derzeit verschickt.

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Einladung per E-Mail an Frau Spyra zu senden, die diese dann an alle JHA-Mitglieder weiterleitet.

Herr Otto weist darauf hin, dass die Praxisanleitung für Erzieher durch die Träger über ein Gutscheinsystem beim MBS beantragt werden kann.

Frau Schulze nimmt Bezug auf das Bundeskinderschutzgesetz und weist darauf hin, dass das Kommunale Kinderschutzprogramm in diesem Jahr nicht mehr im Entwurf vorgelegt werden soll. Sie fragt, wann der Entwurf vorliegen wird. Sie hat Informationen, dass aktuelle Fälle noch nach altem Hilfeplanverfahren finanziert werden. Neue Fälle sollen nicht mehr finanziert werden.

Frau Müller-Preinesberger kann dazu keine Aussage treffen, sagt aber zu im nächsten Jugendhilfeausschuss dazu zu berichten.

Herr Ströber weist darauf hin, dass der Entwurf noch nicht in der Form ist, wie er dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt werden kann. Ein erster öffentlicher Zwischenstand kann ggf. in ca. vier Wochen gegeben werden.

Herr Küken ergänzt, dass dies ein sehr langer und intensiver Prozess ist, der auch ausführlich besprochen werden muss.

AG Jugendförderung

Frau Pigorsch berichtet, dass die AG Jugendförderung zwischenzeitlich häufig getagt und sich mit dem Jugendhilfeplan befasst hat. Sie verweist auf die als Tischvorlage ausgereichte Einladung zum ersten öffentlichen Plenum. Im diesem Plenum soll die Geschäftsordnung beschlossen werden und danach wird die Vorstellung der AG im Jugendhilfeausschuss erfolgen. Anschließend informiert sie, dass es zum Fachtag zur Kinder- und Jugendbeteiligung im „freiLand“ ein durchweg positives Feedback gab. Die Ergebnisse werden

zusammengetragen und ausgewertet.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Frau Pigorsch berichtet im Auftrag von Herrn Harder über die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 17.09.2013. Der Unterausschuss hat sich nochmals zur Organisationsuntersuchung in der Elterngeldstelle verständigt. Es wurden Themenvorschläge für die Arbeit bis zur Kommunalwahl im Mai 2014 erarbeitet. Des Weiteren hat sich der Unterausschuss mit den jugendhilferelevanten Aspekten im Entwurf des Suchtkonzeptes befasst.

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Themensammlung des Unterausschusses im Protokoll des Jugendhilfeausschusses im Punkt „Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“ aufzunehmen. Sie weist darauf hin, dass es sich hierbei um erste Ideen handelt.

Themensammlung/-vorschläge zur Arbeit des Unterausschusses bis zur Kommunalwahl im Mai 2014:

- Jugendhilfeplanungsprozess: Einbeziehung des Jugendhilfeausschusses (insbesondere Ziele und Handlungsgrundsätze) v o r der Entwurfendfassung
 - o Rückfrage an Planungsgruppe, wann dies für sinnvoll gehalten wird (17.10.)
 - o nochmalige Verständigung hierzu im UA JHP (17.10.)
 - o JHA-Information über Ziele und Handlungsgrundsätze sowie bisher erfolgter JHP-Prozessbeteiligung anerkannter freier Träger gemäß § 80 Absatz 3 SGB VIII → bei Bedarf Vertiefung im JHA am 28.11.
- Versorgung Potsdamer Norden mit Angeboten offener Kinder- und Jugendarbeit
- § 35a SGB VIII
- Sozialraumkonzept-Evaluation
- jugendhilferelevante Aspekte des Suchtkonzeptes
- An-/Aberkennungen gemäß § 75 SGB VIII
- Rahmenkonzept Sozialarbeit an Schulen
- Kita-Qualitätskriterien
- Schnittstellen (z.B. zu Jugend- und Soziokultur, Sport, Suchtprävention/Gesundheitsförderung)

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld

Vorlage: 13/SVV/0489

Fraktion CDU/ANW

Herr Weber bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er weist darauf hin, dass sich der Jugendhilfeausschuss bereits verständigt hat, dass eine temporäre Nutzung von Teilen der Biosphäre erfolgen soll und wenn möglich sollte auch eine weitergehende Nutzung realisiert werden.

Der Oberbürgermeister sollte den Entwicklungsträger Bornstedter Feld beauftragen, eine temporäre Nutzung der Biosphäre als Jugendfreizeiteinrichtung zu realisieren und zu prüfen, welche Nachnutzung der Biosphäre nach 2017 für soziale Infrastruktur möglich ist.

Frau Schulze regt an, dem Vorschlag zu folgen.

Herr Otto weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss dies bereits befürwortet hat.

Frau Müller-Preinesberger erinnert an das Votum des Jugendhilfeausschusses dazu in der Dezembersitzung 2012. Sie informiert, dass das Ausschreibungsverfahren abgeschlossen ist. Es muss geprüft werden, ob eine Fördermittelrückgabe gefordert werden kann. Des Weiteren muss es bezüglich baulicher Veränderungen eine Klärung mit den Architekten geben.

Nach einer kurzen Verständigung einigen sich die Ausschussmitglieder auf folgenden Beschlusstext:

1. Der Oberbürgermeister beauftragt den Entwicklungsträger Bornstedter Feld, eine temporäre Nutzung der Biosphäre als Jugendfreizeiteinrichtung zu realisieren.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Nachnutzung der Biosphäre nach 2017 für soziale Infrastruktur möglich ist.

Frau Dr. Müller schlägt vor, über die beiden Punkte einzeln abzustimmen:

- 1. Der Oberbürgermeister beauftragt den Entwicklungsträger Bornstedter Feld, eine temporäre Nutzung der Biosphäre als Jugendfreizeiteinrichtung zu realisieren.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 0

- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Nachnutzung der Biosphäre nach 2017 für soziale Infrastruktur möglich ist.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 0

Anschließend weist Frau Dr. Müller darauf hin, dass die Beteiligung im Zusammenhang mit der Nutzung nach Vorliegen des Prüfergebnisses abgestimmt werden sollte.

Frau Hübner regt an, einen Termin für die Vorlage des Prüfergebnisses festzulegen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich, dass das **Ergebnis der Prüfung der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2014 vorzulegen** ist. Dies wird als **Punkt 3** in den Beschlusstext aufgenommen.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den so ergänzten Beschlusstext.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

1. Der Oberbürgermeister beauftragt den Entwicklungsträger Bornstedter Feld, eine temporäre Nutzung der Biosphäre als Jugendfreizeiteinrichtung zu realisieren.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Nachnutzung der Biosphäre nach 2017 für soziale Infrastruktur möglich ist.
3. Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung zur Januar-

Sitzung 2014 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

zu 4.2 Maßnahmen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita-Jahr 2013/2014

Vorlage: 13/SVV/0507

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Dr. Müller schlägt vor, zuerst den Elternvertretern das Rederecht einzuräumen und danach die Drucksache durch die Verwaltung einbringen zu lassen.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Herr Kirst (Vertreter Kita St. Nikolai) bittet, das durch ihn beantragte Rederecht an Herrn Hedwig weitergeben zu dürfen, da Herr Hedwig bereits in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Situation dargestellt hat.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Hedwig (Vertreter Kita St. Nikolai) nimmt Bezug auf seine Ausführungen in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Nach seiner Kenntnis scheint das Trägerproblem zwischenzeitlich geklärt. Es wurde bereits ein Gespräch mit Herrn Hohn (Hoffbauerstiftung) geführt. Inzwischen gab es auch ein weiteres Gespräch mit dem Vermieter. Es konnte ein Mietzins von 9,19 Euro pro m² für eine Laufzeit von 3 Jahren ausgehandelt werden. Die Eltern bitten jetzt um positives Votum von Seiten des Jugendhilfeausschusses und der Verwaltung.

Frau Müller-Preinesberger bedankt sich bei den Eltern für das Engagement. Sie macht deutlich, dass eine monatliche Miete in Höhe von 9,19 Euro nicht zu realisieren ist. Die Aushandlung des Mietvertrages liegt nun in der Verantwortung der Hoffbauer-Stiftung. Herr Hohn wird als rechtlicher Vertreter in die Verantwortung eintreten. Dies hat Herr Hohn ihr gegenüber auch zugesagt. Es sollte Herrn Hohn eingeräumt werden, die Gespräche mit dem Vermieter zu führen, da der bestehende Mietvertrag bis 31.05.2014 läuft.

Sie sichert zu, die Einrichtung wieder in den Kita-Bedarfsplan aufzunehmen, wenn ein Mietvertrag zu den entsprechenden Konditionen ausgehandelt ist.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dass in der November-Sitzung des Jugendhilfeausschusses erneut über den aktuellen Stand berichtet wird.

Herr Hedwig appelliert an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, erneut mit den Eltern ins Gespräch zu gehen, wenn die Verhandlungen zum Mietvertrag erfolgt sind.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam nicht von einem Vermieter erpressen lassen kann. Es gab in der Einrichtung auch eine Investition von Seiten der LHP, um für diese Kita eine Betriebserlaubnis zu erlangen.

Frau Morgenroth verweist auf den Punkt 5 des Beschlusstextes und schlägt vor,

diesen zu streichen, da in der Anlage auf die Herausnahme der Kita aus dem Bedarfsplan verwiesen wird.

Herr Bauch (FB Kinder, Jugend und Familie) bringt die Drucksache ein und gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation Erläuterungen dazu. Er erklärt die Ermittlung des Platzbedarfs und weist darauf hin, dass nur die belegten Plätze finanziert werden.

Abschließend weist er darauf hin, dass die Kita St. Nikolai bis zum Kita Jahr 2013/14 im Bedarfsplan enthalten ist.

Herr Otto nimmt Bezug auf die Einrichtungen, die nicht im Kita-Bedarfsplan enthalten sind und fragt, wie relevant diese sind.

Herr Bauch teilt mit, dass derzeit drei Einrichtungen nicht im Bedarfsplan enthalten sind. Hier werden die Personalkosten durch die LHP gezahlt. Weitere Finanzierungen erfolgen nicht.

Frau Schulze fragt, wie die Verwaltung zu der Erkenntnis gelangt, dass die Zahl der auswärtigen Kinder, die in Potsdamer Einrichtungen betreut werden, stagniert.

Herr Bauch erklärt, dass es sich hier um Erfahrungswerte handelt.

Herr Lentz ergänzt, dass die Gemeinden die Kosten für diese Kinder tragen müssen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass in den Umlandgemeinden auch Kitas ausgebaut werden und die Kinder dann bei einem Umzug auch wechseln. Die Verwaltung verlässt sich auf die Erfahrungen des Bereiches Statistik. Sie macht darauf aufmerksam, dass 650 neue Plätze geschaffen werden. Bezüglich des Punktes 5 im Beschlusstext macht sie deutlich, dass es nur eine befristete Betriebserlaubnis für die Einrichtung gibt, da der Mietvertrag befristet ist. Ist die Situation geklärt, wird die Einrichtung in den Bedarfsplan aufgenommen.

Die Betriebserlaubnis wird durch Landesjugendamt erteilt. Grundlage dafür ist ein langfristiger Mietvertrag. Dieser muss vom Träger ausgehandelt werden.

Frau Hübner fragt, ob dies nicht so deutlich in den Punkt 5 aufgenommen werden kann.

Herr Bauch erklärt, dass der Punkt 5 den Handlungsbedarf der Verwaltung verdeutlicht.

Frau Müller-Preinesberger schlägt vor, den Punkt 5 herauszunehmen.

Herr Küken befürwortet dies.

Herr Otto regt an, den Punkt 5 wie folgt zu ergänzen: „...für den Fall, dass zum Mai 2014 kein realisierbarer Mietvertrag zustande kommt.“

Frau Morgenroth nimmt Bezug auf die Betreuung von 760 auswärtigen Kindern und fragt, ob dies Hortkinder aus Privatschulen sind.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass dies die Gesamtzahl aller auswärtigen Kita- und Hortkinder ist.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die Streichung des Punktes 5 im Beschlusstext:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 0

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Maßnahmen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita- Jahr 2013/2014 sowie Ausblick auf Folgejahre:

1. Bereitstellung von insgesamt **15.249 Plätzen** (Jahresdurchschnitt) in Potsdam gemäß §§ 1,12 Kita- Gesetz bei 48 freien Trägern für das Kita- Jahr 2013/14. Enthalten sind 71 Plätze in drei Einrichtungen außerhalb der Bedarfsplanung. Die Verteilung der Plätze im Bedarfsplan erfolgt gemäß der Anlagen 1 bis 6 auf 115 Kindertagesstätten, 7 Andere Kinderbetreuungsangebote (AKi), 4 pädagogisch begleitete Spielgruppen, einer Eltern-Kind-Gruppe sowie Tagespflege.
2. Belegung von **320 Plätzen in anderen Gemeinden und Berlin** durch Potsdamer Kinder.
3. Finanzierung der Neuaufnahmen von Kindern aus anderen Gemeinden im Planungszeitraum nur dann, wenn eine entsprechende Zustimmung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie der Landeshauptstadt Potsdam eingeholt wurde und der Kostenausgleich mit der abgebenden Gemeinde gem. § 16 Abs. 5 KitaG sichergestellt werden kann.
4. Ausbau vorhandener Einrichtungen sowie Errichtung neuer Platzkapazitäten zur bedarfsgerechten Versorgung mit Kindertagesbetreuungsplätzen (§ 12 KitaG) gemäß demografischer Entwicklung und neuer Rechtslage ab 01.08.2013 (§ 24 SGB VIII) in Zusammenarbeit mit freien Trägern.
- ~~5. Herausnahme der Kita „St. Nikolai“ (Fr. Ebert-Str. 78, 14469 Potsdam) in Trägerschaft des Diakonischen Werkes aus der Kita-Bedarfsplanung mit Wirkung zum 01.08.2014.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 0

zu 4.3 Sitzungskalender 2014

Vorlage: 13/SVV/0416

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Dr. Müller verweist auf die ausgereichten Terminvorschläge für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses bis September 2014 und macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss nach der Kommunalwahl 2014 so lange in der bestehenden Besetzung weiter arbeitet, bis von der Stadtverordnetenversammlung ein neuer Jugendhilfeausschuss gewählt ist.

Terminvorschläge Sitzungen des Jugendhilfeausschusses 2014:

23. Januar 2014
27. Februar 2014
27. März 2014
24. April 2014 (Ferien)
22. Mai 2014

26. Juni 2014
25. September 2014

Da es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt, bittet die Ausschussvorsitzende um Abstimmung über die Terminvorschläge.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2014 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem geänderten Sitzungskalender für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses wird zugestimmt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 5.1 Schulsozialarbeit an jeder staatlichen Potsdamer Schule
 bezüglich DS 11/SVV/0122 und 12/SVV/0764**

Vorlage: 13/SVV/0521

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Eingangs informiert Frau Müller-Preinesberger über die weitere Verwendung der BuT-Mittel und macht dabei deutlich, dass die im Jahr 2012 nicht verbrauchten Mittel für die Weiterführung von Schulsozialarbeitsprojekten im Jahr 2014 genutzt werden können. Hierbei handelt es sich um ca. 420.000 Euro. Somit können alle Projekte, die noch bis zum 31.12.2013 laufen, bis 31.12.2014 weitergeführt werden. Die Übersicht wird als Anlage zum Protokoll ausgereicht.

Sie hatte gehofft, dass damit der Übergang zum Rahmenprogramm Schulsozialarbeit geschafft wird. Aufgrund des Doppelhaushalt 2015/2016 ist jedoch zu befürchten, dass dann 2015 eine Finanzierungslücke entsteht, da die BuT-Mittel dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Ab 01.01.2015 kann es einen Bruch geben.

Herr Otto regt an, abzuwarten, wie sich die neue Bundesregierung zusammensetzt. Hier hat er noch Hoffnung.

Herr Ströber weist darauf hin, dass bei der Erarbeitung des Gesamtkonzeptes so viele Akteure beteiligt sind, dass die Erarbeitung des Konzeptes auch sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Er wird dies aber mitnehmen.

Herr Dalichow bittet zu überlegen, ob für die entstehende Lücke eine kreative Zwischenlösung gefunden werden kann, um die erfolgreichen Projekte nicht abreißen zu lassen.

Frau Schulze verweist auf den Zwischenbericht im Jugendhilfeausschuss 20.06.2013 und auf die Projekte, die nur bis 30.06. 2013 geführt wurden.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die Mittel für das Projekt „Schuldenprävention“ des Diakonischen Werkes nicht abgerufen wurden.

Das zweite Projekt der Diakonie wurde aufgrund der Trägersituation aufgegeben. Die Projekte von Breitband e.V. und Urania Schulhaus GmbH waren mit dem

30.06.2013 abgeschlossen.

Die aktuelle Auflistung der Projekte wird als Anlage zum Protokoll ausgereicht.

Herr Becker (FB Kinder, Jugend und Familie) bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese. Er informiert, dass am 20.11.2013 das erste Werkstattgespräch für die Jugendhilfe stattfindet. Hier sollen auch Vertreter von Schule und Kreiselternrat einbezogen werden.

Herr Ströber kann nicht nachvollziehen, warum die vorliegende Mitteilungsvorlage an den Jugendhilfeausschuss überwiesen wurde, da dies das Arbeitspapier des Jugendhilfeausschusses ist, das der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben wurde.

Frau Schulze erklärt, dass die Mitteilungsvorlage per Konsensliste ohne Debatte in den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Bildung und Sport überwiesen wurde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Nächster Jugendhilfeausschuss: 24. Oktober 2013; 16:30 Uhr

Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0453

Betreff:

öffentlich

Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 01.08.2013

Eingang 902: 01.08.2013

Einreicher: FB Soziales und Gesundheit

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

04.09.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

„Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte“.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Der **Potsdamer Gesundheitsatlas** setzt sich aus drei Teilen zusammen.

Im TEIL A werden die Daten der Schuleingangsuntersuchung für die gesamte Landeshauptstadt im Zeitraum von 2008 bis 2012 präsentiert. Nach Möglichkeit erfolgt eine differenzierte Darstellung nach dem Geschlecht der Kinder bzw. dem Sozialstatus der Eltern.

Im darauffolgenden TEIL B werden die Sozial- und Planungsräume für das Jahr 2012 miteinander verglichen. Hier erfährt die Öffentlichkeit mehr über stadträumliche Unterschiede bezogen auf die Sozialstruktur, die Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen sowie ausgewählte medizinische Befunde.

Im letzten TEIL C werden die Ergebnisse in einer Kurzübersicht stichpunktartig zusammengefasst.

Im Sinne der Gesundheitsberichterstattung nach § 9 Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz (BbgGDG) beobachtet und bewertet der Potsdamer Gesundheitsatlas die gesundheitlichen Verhältnisse, ohne in detaillierte Handlungsempfehlungen zu münden.

In einem dafür notwendigen zweiten Schritt sind konzeptionelle Ideen der Gesundheitsförderung zu entwickeln sowie Impulse anderer Städte vergleichend heranzuziehen. Insbesondere gilt es, kooperative Maßnahmen und Projekte zu initiieren, die den erhöhten Gesundheitsrisiken von Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus begegnen. Dazu gehört die Reduzierung von sprachlichen Defiziten sowie emotionalen und sozialen Störungen. Hier ist die Zusammenarbeit von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Fachwelt und Bürgerschaft gefragt.

ANLAGE

Erste Potsdamer Gesundheitsatlas. Ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte